Nr. 226 XXIX. Jahrgang — Sonnabend, 26. November 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.50, für auswärts M. 3.–, für das Ausland M. 18.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 10.–, mit Platzvorschrift M. 12.–, für das Ausland M. 25.–. Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Aufschlag. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 7.–, vierteljährlich M. 21.– Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 7.– frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. Einzelnummer 40 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109 • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060
Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die englische Industrie für Revision des Friedensvertrages

Englisch. Besorgnis um die eigene Industrie — Deutsche Sachwerte in den Händen ausländischer Privatpersonen?

Wir veröffentlichen anschließend die Einzelheiten der Denkschrift der britischen Industrie zur Reparationsfrage. Die englischen Vorschläge klingen teilweise sehr wohlwollend und sind zweifellos geschickt abgefaßt und auf die Wirkung auch in Deutschland berechnet. Sie enthalten aber trotzdem gewisse Vorschläge überaus bedenklicher Art, so die Auslieferung eines Teiles unserer Sachwerte an ausländische Privatpersonen. Wir kommen auf die Vorschläge und ihre Bedeutung zurück, sobald nähere und ergänzende Berichte vorliegen. Auf jeden Fall entstammen sie nicht etwa einer besonderen Sympathie für Deutschland, sondern einem sehr gesunden englischen Egoismus.

Denkschrift der englischen Industriellen

× London, 24. November. Aus der Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes britischer Industrieller, deren wesentlichen Inhalt wir schon gestern mitteilten, sind noch einige Ausführungen hervorzuheben. Hinsichtlich der Schädigung der Industrien anderer Länder durch die starke deutsche Ausfuhr heißt es, diese Frage sei von besonderer Wichtigkeit für die Fabrikanten und Arbeiter Englands, die zum größten Teil ähnliche Waren erzeugen wie die Deutschen und sie nach denselben Märkten ausführen. Deshalb sei es von größter Wichtigkeit, daß der Charakter und der Umfang der deutschen Fertigfabrikate zur Bezahlung der Reparationen den Bedürfnissen der alliierten Industrien angepaßt werde und ihre Entwicklung fördere. Es sei wesentlich, daß die Bezahlungen über einen weit längeren Zeitraum verteilt würden, als in dem augenblicklichen Abkommen vorgesehen sei. Das Memorandum der britischen Industriellen schlägt eine

Revision der Reparationsabkommen

auf folgender Grundlage vor:

1. Stellung von Forderungen an die deutsche Industrie und Unternehmungen an Stelle der augenblicklichen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber den Ententeregierungen.

2. Schärfere Umgrenzung der Klassen von Waren und Arbeitsleistungen, die Deutschland zu liefern hat. Dadurch soll soweit wie möglich eine Schädigung der alliierten Industrien vermieden werden.

In Erörterung des ersten Punktes wird eine Regelung vorgeschlagen, durch die Forderungen an industrielle und andere Unternehmungen in Deutschland an Stelle der augenblicklichen Zahlungen zwischen den Regierungen festgesetzt werden: Alle deutschen industriellen Unternehmungen könnten beispielsweise angewiesen werden, eine besondere Klasse von Vorzugsaktien zu schaffen. Von den Inhabern von Grundbesitz könnte verlangt werden, daß sie erste Forderungen bis zu einem festgesetzten Verhältnis des Wertes ihres Besitzes übernähmen. Dringliche Hypotheken oder Vorzugsaktien sollen geschaffen werden für Unternehmungen, wie deutsche Eisenbahnen, Kanäle, Schiffahrtslinien usw. und möglicherweise sogar für die deutschen Banken und Großhandelsunternehmungen. Diese Sicherheiten sollten dann von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen ausgehändigt werden, die sie, wenn sie es wünschten, Privatpersonen verkaufen könnten.

Die vorgeschlagene Maßnahme würde den Alliierten eine gewisse Kontrolle über die deutschen Industrien geben, die groß genug wäre, um sie in den Stand zu setzen, einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung und Leistungen des deutschen Handels auszuüben. Schließlich würde, wie in dem Memorandum hervorgehoben wird, eine weit bessere Sicherheit für die Bezahlung der deutschen Schuld geschaffen werden, wenn eine Vereinbarung zwischen den Regierungen, die letzten Endes von der Fähigkeit der Alliierten abhänge, ihre Forderungen durch militärische Mittel zu erzwingen, durch eine große Zahl von geringeren Verpflichtungen zwischen Privatpersonen, Deutschen, Alliierten und Neutralen, ersetzt werde. Diese Verpflichtung würde mit dem deutschen finanziellen und kommerziellen System so eng verknüpft sein, daß eine Nichtanerkennung unmöglich wäre. Es würde ungefähr so aussehen, als wenn Deutschland ein unentwickeltes Land wäre, das mit Hilfe ausländischen Kapitals entwickelt worden sei und weiterhin Zinsen für dieses Kapital zahle.

Das Memorandum führt fort, es sei klar, daß, selbst wenn durch die Annahme dieses Verfahrens die jährlichen Zahlungen wesentlich vermindert werden könnten, Deutschland immer noch beträchtliche Jahreszahlungen zu entrichten habe und Waren ausführen müsse, deshalb sei es sehr wichtig, daß die deutsche Produktionskraft soweit wie möglich in einer Richtung gefördert werde, die sie entweder für die britische Industrie unschädlich oder ihr dienlich mache.

Das bestehende Reparationsabkommen sehe bereits Lieferung von wesentlichen Zahlungen in Waren vor. Darüber seien auch schon Separatabkommen zwischen den alliierten Ländern und Deutschland geschlossen worden. Dieses Verfahren sei jedoch nicht ganz einwandfrei. Erforderlich sei ein umfassendes Abkommen zwischen allen Alliierten, das Waren und Leistungen festlege, die Deutschland zu liefern habe, und die Richtung festlege, in der sich die deutschen Industrien entwickeln könnten, ohne irgendwie den Industrien der alliierten Nationen ernstlich Schaden zuzufügen. Deutschland könne den Alliierten liefern: Stoffe, die nützlich seien zur Entwicklung der Industrie oder Landwirtschaft in den alliierten Ländern, wie z. B. Kali, Holz und Kohle. Außerdem könne der tatsächliche Wiederaufbau des zerstörten Gebietes Deutschland überlassen werden.

Das Memorandum schlägt als weitere Art der Bezahlung die Ausführung von Bauwerken in den alliierten Ländern oder in andern Ländern unter alliierter Leitung vor. Diese Bauten müßten selbstverständlich unter der Gewähr ausgeführt werden, daß Deutschland sie nicht dazu benutze, um die Länder, in denen sie unternommen würden, friedlich zu durchdringen. Zu diesem Zweck müßten sie unter ausschließlicher Leitung und Aufsicht von Ingenieuren und andern technischen Sachverständigen der Alliierten ausgeführt werden.

Als Beispiel für eine deutsche Konstruktionsarbeit führt das Memorandum an erster Stelle an:

die Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verbindungswege in Europa und in Rußland

Deutschland sei viel näher gelegen und viel besser geeignet für diese Arbeit als die Alliierten. Wenn nicht Deutschland diese Arbeit verrichte, so bestehe keinerlei Aussicht, daß irgend jemand in den andern Ländern diese Aufgabe in unmittelbarer Zukunft erfüllen könnte. Dies seien vor dem Kriege die wichtigsten Märkte Deutschlands gewesen, und deshalb würde der größte Teil des Handels, den Deutschland vielleicht beginnen würde, in Wirklichkeit nicht auf Kosten Englands gehen. Dieses Verfahren würde außerdem dazu dienen, den deutschen Handel von den Plätzen abzuleiten, die in der Hauptsache die Märkte Englands seien. Deutschland könne außerdem in den nicht entwickelten Teilen der Welt Bauten vornehmen, die sonst nicht rentabel unternommen werden könnten, wie z. B. Eisenbahnen, Häfen usw. in Afrika, Südamerika oder Asien. Die deutsche Energie und Industrie müßten zur Entwicklung neuer Märkte und neuer Quellen für Rohstoffe und Lebensmittel auf die nicht entwickelten Teile der Welt abgelenkt werden.

Die Durchführung dieser Vorschläge würde bedingen:

Abänderung des Friedensvertrages unter Mitwirkung Deutschlands

In Deutschland gewinne die Ueberzeugung Boden, daß die deutschen Finanzen auf eine gesunde und dauernde Grundlage gestellt werden müßten.

Die deutsche Regierung würde bereit sein, eine Revision der Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages auf vernünftiger Grundlage anzunehmen, da sie bestrebt sein müsse, die Mitwirkung deutscher, finanzieller und wirtschaftlicher Interessen für die Durchführung des abgeänderten Uebereinkommens zu gewähren. Wenn ein solches Uebereinkommen eine dauernde Ermäßigung der alliierten Forderungen an Deutschland einschließe, so wäre die notwendige Verzichtleistung gerechtfertigt, wenn sie zu einer rascheren Rückkehr der Welt zu annehmbaren Verhältnissen beitrage.

Um jedoch diese Ergebnisse zu erzielen, sei es wesentlich, daß jeder derartige Ausgleich geschehe unter der nachdrücklichen Bedingung, daß die deutschen Finanzen in Ordnung gehalten würden, und daß Deutschland Verpflichtungen auferlegt würden, die die fortgesetzte Inflation und die daraus folgende Entwertung der Mark unmöglich machten. Wenn gegen diese Vorschläge der Einwand erhoben werden sollte, daß durch ihre Annahme denjenigen Alliierten Englands nicht genügend Rechnung getragen werde, die dringend baldiger Zahlung bedürften, um ihre Budgets auszugleichen, so müsse dem entgegengehalten werden, daß, wenn Deutschland veranlaßt werden könne, seine Staatsfinanzen neu zu ordnen und auf eine sichere Grundlage zu stellen, wenig Zweifel daran bestehe, daß die deutschen industriellen Sicherheiten, die erst als Reparationszahlungen ausgehändigt werden sollten, bereite Käufer finden würden. Frankreich würde auf diese Weise in den Stand gesetzt, nicht nur die Bezahlung eines wesentlich größeren Entschädigungsbetrages zu erhalten, sondern auch sich das zu sichern, was es am dringendsten benötige, nämlich die Bezahlung der Waren, und zwar zu einem viel früheren Zeitpunkte.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch im Frühjahr?

Sensationsrede Direktor Craemers

B. Berlin, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Im Verein der Berliner Kaufleute hielt der mehrfach genannte Direktor Craemer, der an den Verhandlungen über die Kreditaktion der Industrie in hervorragender Weise teilgenommen hat, einen längeren Vortrag über das Reparationsproblem und die Frage der Kreditbeschaffung. Herr Craemer führte u. a. folgendes aus: Die Opposition gegen das ursprüngliche Kreditprojekt sei nicht von Hugo Stinnes ausgegangen. Dieser hätte vielmehr in einem Briefe erklärt, der Kreditausschuß der Industrie müsse die Bedingungen ausarbeiten und sich nach der Ausarbeitung des Augenblicks würdig erweisen, der mit zu den größten landesgeschichtlichen werden könne. Der Kanzler hätte dann aber den Kreditausschuß nicht einberufen.

Herr Craemer wies in diesem Zusammenhange darauf hin, wie unsre Ausfuhr von Monat zu Monat sich verringere. Das gelte in erster Linie für die Reparationsindustrie. Hier zeige sich oft ein Rückgang von 100 bis auf 120 Prozent.

Mit unserm wirtschaftlichen Zusammenbruche könne man schon im nächsten Frühjahre rechnen

Rohstoffe sind am billigsten vielleicht noch bis Mai vorhanden. Wir haben eine Mißernte ohnegleichen gehabt. Wenn das deutsche Volk im nächsten Jahre ernährt werden soll, müssen ungefähr 10 000 Tonnen Korn eingeführt werden oder es muß dafür gesorgt werden, daß wir Dünger aus dem Auslande erhalten, damit unsre Aecker wieder einträglich werden.

Eingehend beschäftigte Craemer sich mit den

Besprechungen zwischen Rothschild und deutschen Wirtschaftsvertretern

und Mitgliedern des Kabinetts. Zunächst fand Rothschild das Industrieprojekt ausgezeichnet. Als man dann aber Rothschild sagte, daß er und seine Freunde 12 bis 15 Millionen Pfund aufbringen müßten, erklärte er, eine solche Summe könnte höchstens für ein Jahr aufgebracht werden. In einer andern Unterredung wurde ihm erklärt, Deutschland brauche einen Kredit von einer Milliarde Dollar. Rothschild antwortete: „Soviel freies Geld haben wir nicht in England und Amerika zusammen." Als man ihn darauf hinwies, daß Deutschland nach dem Londoner Ultimatum jedes Jahr eine solche Summe aufzubringen hätte, antwortete er: „Die Forderungen des Ultimatums sind ja auch ein kompletter Blödsinn."

„Daily Herald" über den Zweck der Stinnes-Reise

+ Basel, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Besuche Stinnes in London schreibt der sozialistische „Daily Herald": Stinnes untersuchte in seinen Besprechungen mit einflußreichen Finanzleuten und politischen Persönlichkeiten die Möglichkeit der Aufnahme einer englisch-amerikanischen Anleihe für die Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands, die mit den deutschen Bahnen garantiert werden soll. Zu diesem Zweck müßten die deutschen Reichseisenbahnen zusammen mit dem Post- und Telegrammverkehr der Privatindustrie verpachtet werden, um den deutschen Industriekredit für die Wiedergutmachung zu mobilisieren. Zudem müßten alle Industrien vor der Verstaatlichung geschützt werden. Wenn Stinnes die Zustimmung der englischen Kreise erlange, dürfte Reichskanzler Wirth vielleicht seinen Plan annehmen, um sich das Geld für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen zu verschaffen.

Stinnes auf der Heimreise

© London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Hugo Stinnes hat, wie bereits gemeldet, London gestern abend verlassen, um über Amsterdam nach Deutschland zurückzukehren. Wie versichert wird, begibt sich Stinnes mit seinem Sohne direkt nach Hamburg, wo er die in London abgeschlossenen Kohlenabkommen in ihren letzten Details regeln wird. Downing Street hat gestern eine Note veröffentlicht, die erklärt, daß Stinnes keine Besprechungen mit Lloyd George hatte.

Deutsche Anleihe in Amerika

Neue Besprechungen in Berlin

zg. Berlin, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Botschafter Dresel hatte gestern eine Besprechung in der Reichskanzlei. Man bringt seinen Besuch mit schwebenden Fragen zwischen Amerika und Deutschland und mit der Washingtoner Abrüstungskonferenz in Verbindung. Gestern ist eine neue amerikanische Abordnung von acht Vertretern amerikanischer Banken und Handelsgesellschaften in Berlin eingetroffen, um neue Besprechungen mit den zuständigen Instanzen in der Frage der amerikanischen Anleihe an Deutschland zu führen.

Die New-Yorker Börse beurteilt, wie „Herald" mitteilt, die Kreditaussichten für Deutschland günstiger als vor einigen Wochen, doch hält man die optimistische Auffassung maßgebender deutscher Kreise für verfrüht. Keineswegs wird Amerika eine Anleihe zu andern Zwecken als denen der Wiederherstellung des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland geben. Für die Reparationszahlungen kann nur eine gemeinsame Kreditaktion der Alliierten in Frage kommen.

Neues Verbot der „Täglichen Rundschau"

* Berlin, 25. November. Die „Tägliche Rundschau" ist wegen eines Artikels, der die Politik des Reichskanzlers in schärfster Weise angreift, auf drei Tage verboten worden. Der Verlag des Blattes hat gegen das Verbot bei dem zuständigen Reichsratsausschuß Einspruch erhoben.

Aus dem Lande der Mitte

Die Agonie Chinas

Von unserm -f-Mitarbeiter

New-York, 15. November

Unmittelbar vor Beginn der Washingtoner Konferenz veröffentlichen die amerikanischen Zeitungen ausführliche Schilderungen der politischen und wirtschaftlichen Zustände in China. Es läßt sich, unter Zusammenfassung der vorliegenden Mitteilungen, hierüber folgendes sagen:

China ist in politischer und sozialer Hinsicht durch und durch zerrüttet. Hungersnot, Pest und Bürgerkrieg unterminieren das schwache Fundament, auf dem die chinesischen „Regierungen" stehen. Fremde Mächte wenden alle möglichen Schliche an, um von korrupten chinesischen Politikern und militärischen Diktatoren Konzessionen zu ergattern. Der Haß gegen die Fremdlinge (Barbaren) wird auf allerlei Art geschürt. Den Fremden wird die Schuld an den furchtbaren Leiden zugeschrieben, die das Volk getroffen haben. Von einer eigentlichen Regierung ist keine Rede, zumindest nicht im europäischen Sinne. Diejenigen, deren Aufgabe es wäre, die Zügel der Regierung in Händen zu halten, geben sich dazu her, die Uebergriffe der militärischen Machthaber zu decken. Gegenwärtig besitzt China, außer den vielen kleinen Regierungen, zwei, die man als bestehende ansehen könnte. Eine befindet sich in Peking, die andre in Kanton. Eine dritte probiert es, sich in Hupeh am Ruder zu halten. Präsident Su-Schi-Tschang sitzt in Peking. Er besitzt den Ruf eines Philosophen und eines berühmten Dichters. Die Regierung führt aber Tschang-Tso-Lin und der General Tsao-Kun. Beide trachten, auf alle mögliche Weise dem armen Volke das Geld abzupressen. Der Präsident beteiligt sich an diesen erbärmlichen Praktiken nicht. Er protestiert dagegen, besitzt aber nicht die Macht, um seine beiden „Heerführer" von ihren Methoden abzubringen. Mit Hilfe ihrer Truppen treiben sie Tribute beim Volke ein. Drei oder vier Provinzen gehören, dem Namen nach, zur Regierung von Peking. Was das bedeuten will, erhellt daraus, daß General Tschang-Tso-Lin — ohne die mindeste Berechtigung — im Juli die ganze Salzsteuer in der Mandschurei einkassierte; der Militärgouverneur ließ alle Eingänge der Postämter verschwinden. In drei andern Provinzen erlaubte man den abreisenden Autoritäten, die Staatsgelder mitzunehmen. So geht es ohne besonderes Aufsehen weiter. Die hohen Beamten stehlen, wo sie können.

Das Resultat dieser Diebstähle ist, daß Peking ununterbrochen im Zustande des Bankrotts lebt. Anfang November wurde verlautbart, daß die Chinesen überhaupt kein Geld mehr haben, um ihre Schuldverpflichtungen zu erfüllen. Staatssekretär Hughes schickte dem Dichter-Staatsmann in Peking eine scharfe Aufforderung, für die Einhaltung der chinesischen Verpflichtungen sorgen zu wollen; am selben Tage hielt der chinesische Gesandte im Festsaale der hiesigen Kolumbia-Universität eine Rede, in der er die Freundschaft zwischen Amerika und China feierte. Als der Gesandte die Universität verließ, wurden ihm die neuesten Blätter in die Hand gedrückt, damit er lesen könne, daß Peking seine Schulden nicht mehr zu bezahlen imstande sei. Er schüttelte den Kopf und erwiderte: „Wir sind reich genug, um zehnmal mehr zu bezahlen. Amerika wird sein Geld mit Zins und Zinseszins wiederbekommen."

Die chinesischen Truppen werden monatelang nicht bezahlt. Die Folge davon sind Meutereien, wie in Itschang und Wutschang, wo die Meuterer furchtbar auftraten. Lehrer haben seit neun Monaten kein Gehalt bekommen. Die Schulen sind geschlossen, da die Lehrer in den Ausstand traten. Der Kredit der Pekinger Regierung wird außerordentlich geringer. Die letzte Notanleihe von einer Million Dollar wurde mit 18 Proz. Zinsen abgeschlossen. Jedes Regierungsdepartement trachtet, mit Konzessionsgeschäften etwas Geld zu machen. So wurde z. B. zweimal hintereinander ein Monopol für die Errichtung einer drahtlosen Station verkauft: zuerst durch das Marineministerium an die Mitsui-Gesellschaft im Jahre 1918, dann durch das Kriegsministerium an die Marconi-Gesellschaft im Jahre 1919. Im Januar 1921 schloß das Verkehrsministerium mit der amerikanischen Federal Wireless Co. einen dritten Vertrag. Da kam die Enthüllung: Washington protestierte gegen den Schwindel. Die Pekinger Regierung erklärte aber, sie wisse von den früheren Abschlüssen nichts. Aber in Peking lachte man über die Geschichte. Händler, die seit Jahren in China arbeiten, sagen: „Wenn man endlich eins wird über die Politik der offenen Türe in China, und die Türe geht angelweit auf, dann wird man erst merken, daß niemand mehr zu Hause ist."

Die Regierung in Kanton soll, im Vergleiche mit der Pekinger, sehr korrekt sein. Hier hält Sun-Yat-Sen das Heft in der Hand, wenn es ihm sein Kriegsminister gestattet. Allgemein wird angenommen, daß Sun ein guter chinesischer Patriot ist, daß er vielleicht in kurzer Zeit der Führer eines modernen neuchinesischen Staatswesens sein soll. Eine Gruppe von chinesischen Politikern, die nicht auf Ausplünderung ihrer Landsleute losgehen, steht an seiner Seite. Aber die Masse versteht nichts von innerer und auswärtiger Politik. Gleichwohl sind die Meinungen über Sun sehr verschieden. Viele Europäer und Japaner nennen ihn einen verkappten Bolschewisten, der mit Lenin unter einer Decke steckt. Man errät die Absicht dieser Verdächtigungen. Sun meint es mit dem chinesischen Volke gut. Er möchte es zu einer Demokratie im amerikanischen Sinne machen; der Geist Abraham Lincolns schwebt ihm vor. Das kostet aber viel Blut. Die Totenfelder der Kwangsi- und Yangtse-Distrikte beweisen es: Hunderttausende Bürger sind dort gefallen. Es wurde durch diese Massenvernichtungen wenig erreicht. Die Macht Suns erstreckt sich nur bis zum südlichen Teil. Die Generäle treiben aber dieselben Geschäfte, wie die militärischen Machthaber der Pekinger Regierung. Sun selbst erhält viel Geld von den im Auslande lebenden Chinesen, die auch die Revolution finanziert haben.

Die Macht der Militärgouverneure ist Chinas Unglück. Von diesen Generalen werden Konzessionen verschachert, die Steuern eingetrieben und veruntreut. Armeen bis zu einer halben Million Soldaten stehen unter der Führung dieser Potentaten, die es am liebsten sehen möchten, wenn China

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19211126/1